Antrag O-03**SPD-Unterbezirk Region Hannover****Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen**

1 Die SPD im Bezirk Hannover setzt sich für eine
2 gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern
3 und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden
4 Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genoss:innen
5 strukturell zu unterstützen:

- 6 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1, mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
- 7 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
- 8 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
- 9 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen durchgeführt.
- 10 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt werden.

11 Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung von Funktionen zu ermöglichen.

12

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Die SPD im Bezirk Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:

1. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
2. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
3. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und Bundesebene können – sofern eine technische Umsetzung möglich *und soweit dies nicht durch Gesetz, Satzung, Richtlinie oder sonstige generelle parteiinterne Regelungen ausgeschlossen ist* – als hybride Sitzungen durchgeführt werden.
4. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt werden.

Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung von Funktionen zu ermöglichen.

(Hinweis zu 3: siehe dazu “Richtlinie der SPD zu Abstimmungsverfahren einschl. der Willensbildung

45 Begründung

46 nsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen
47 die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen
48 mitzugestalten. Seit jeher hat sich die SPD dafür ein-
49 gesetzt, dass Frauen gleichberechtigt aktives und
50 passives Wahlrecht ausüben können. Gleichwohl
51 ist es in der vergangenen Kommunalwahl und der
52 Landtagswahl nicht gelungen, den Frauenanteil bei
53 den Mandatsträgerinnen so zu steigern, dass SPD-
54 Plätze nahezu paritätisch besetzt sind. Im Schnitt
55 sind nur unter 30 Prozent Frauen in Kommunalpar-
56 lamenten Mandatsträgerinnen. Im neuen Landtag
57 hat es die SPD nur geschafft, 31,6 Prozent ihrer Plätze
58 mit Frauen zu besetzen. Dies muss sich ändern und
59 dem Verfassungsbruch in Permanenz ein Ende ge-
60 setzt werden!

61 Die Rahmenbedingungen dafür, ein Mandat oder
62 eine parteiinterne Funktion zu besetzen, müssen
63 angepasst werden, um allen eine gleichberechtigte
64 Teilhabe zu ermöglichen. Für Mandatsträgerin-
65 nen, die Sorgearbeit gegenüber ihren Kindern oder
66 Angehörigen leisten und ggf. zusätzlich einen Beruf
67 ausüben, sind die zeitlichen und organisatorischen
68 Hemmschwellen teilweise sehr hoch, den Anforde-
69 rungen an eine Mandatsträgerin gerecht zu werden.
70 Erst recht, wenn sie alleinerziehend sind. Gerade
71 Frauen trifft dies besonders, weil diese in Deutsch-
72 land etwa 52,4 % mehr Sorgearbeit leisten als Män-
73 ner (Zahlen des BMFSJ aus 2019 zum „Gender Care
74 Gap“).

75 Zu den Rahmenbedingungen gehören Sitzungszei-
76 ten, die Beruf, Familie und Mandat im Blick behal-
77 ten, die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sit-
78 zungen, Frauennetzwerke, Kinderbetreuung wäh-
79 rend der Sitzungen, eine Atmosphäre der Akzep-
80 tanz und eine Kultur des Verständnisses sowie Mög-
81 lichkeiten der Unterstützung und Fortbildung. Die-
82 se Grundpfeiler sollten verbindlich werden. Gera-
83 de die Online-Teilnahme an Sitzungen ist für eine
84 bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Man-
85 dat oder Funktion ohne große organisatorische Hür-
86 den zuträglich. Das hat die Pandemiesituation be-
87 reits gezeigt. Der Rat der Landeshauptstadt Hanno-
88 ver hat eine Änderung seiner Hauptsatzung nach
89 § 64 NKomVG bereits umgesetzt. Dies sollte auch
90 in anderen kommunalen Gebietskörperschaften er-
91 möglicht werden.

92 Ein Mandatssharing, was Überlastungsspitzen ver-
93 meidet, ist im NKomVG bisher nicht vorgesehen.

unter Abwesenden“).

94 Möglichkeiten einer entsprechenden Gesetzesän-
95 derung sollten seitens der Landtagsfraktion ge-
96 prüft werden. Darüber hinaus sollte es auch ermög-
97 licht werden, dass sich Mandats- oder Funktionsträ-
98 ger:innen bei eigenen Redebeiträgen in Gremiensit-
99 zungen der Partei in familiär oder persönlich beding-
100 ten Notsituationen auch vertreten können lassen.
101 Gerade bei Alleinerziehenden kann dies ein wichti-
102 ger Punkt sein, aktiv an der Politikgestaltung teilzu-
103 haben. Selbstverständlich ist die Vertraulichkeit von
104 Einzelangelegenheiten hierbei zu berücksichtigen.
105 Beleidigungen, Bedrohungen und Herabsetzungen
106 betreffen viele Politiker:innen und parteipolitische
107 Engagierte. Von zunehmend feststellbaren sexuali-
108 sierten Beleidigungen („catcalling“) und Antifeminis-
109 mus sind aber vor allem Frauen betroffen, die da-
110 her von einer Kandidatur um Ämter Abstand neh-
111 men. Daher wird dieser Aspekt im Kontext des Be-
112 schlusstext besonders betont. Wünschenswert ist
113 gleichwohl ein umfassendes Schutzkonzept, das in-
114 tersektional ansetzend alle Personengruppen, die
115 aufgrund von Diversitätsmerkmalen oder des Um-
116 stands, dass sie Stereotypen nicht entsprechen, An-
117 feindungen ausgesetzt sind, im Schutzkonzept der
118 Partei berücksichtigt werden.